



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spä/III/135

Hannover, 5. November 1948

Truman-Sieg - Gewerkschaftssieg

=====

sp. Der Sieg Trumans ist vor allem auch ein Sieg der gewerkschaftlich organisierten amerikanischen Arbeiterschaft. Es hat seit langem viele, wenn auch offenbar unterschätzte Anzeichen dafür gegeben, dass diese mächtigen Institutionen sich immer stärker um die eigentliche Politik ihres Landes und nicht nur um Lohn- und verwandte Fragen kümmern wollen. Es wurden politisch sehr wirksame Aktionskomitees bei den einzelnen grossen Gewerkschaften gegründet, und ganz offensichtlich war man, in Ermangelung einer eigentlichen Arbeiterpartei, in den Gewerkschaften zunehmend entschlossen, das ausserordentliche Schwergewicht, das man im Wirtschaftsleben besitzt, möglichst nachdrücklich in die Waagschale auch der grossen politischen Entscheidungen zu werfen.

Im Herbst 1947 erklärte z.B. der Vorsitzende des AFL-Komitees für Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung, Vizepräsident Matthew Woll, auf dem 66. Kongress der AFL einleitend: "Die Zeit ist vorbei, die Arbeiterbewegung darauf verzichten konnte, sich für die Aussenpolitik ihres eigenen Landes zu interessieren und Grundsätze aufzustellen, die für diese Politik bestimmend sein sollen. Die werktätige Bevölkerung ist daran deswegen unmittelbar interessiert, weil Friede und Wohlstand - das heisst Leben und Lebensunterhalt - entscheidend von der Aussenpolitik beeinflusst werden. Wir müssen mehr Initiative und grössere Aktivität an den Tag legen, um dem amerikanischen Volk und der gesamten Menschheit die Sicherheit zu geben, dass der aussenpolitische Kurs unserer Regierung auch wirklich demokratisch ist." Der politische Wille, der in diesen Äusserungen zum Ausdruck kommt, hat sich jetzt auch auf dem Gebiet der Innenpolitik in einem Umfange durchgesetzt, wie bisher noch niemals in der amerikanischen Geschichte.

Wie wird sich der Sieg Trumans, der gleichzeitig in erster Linie ein Sieg des kleinen Mannes ist, innenpolitisch auswirken? Die Demokratie hat durch ihre berufenen Sprecher in der Zeit des Wahlkampfes und schon vorher im Kongress Steuerermässigungen vor allem für die unteren Einkommensklassen befürwortet - vorausgesetzt ein ausgeglichenes Budget. Im Kampf gegen die Inflation halten die Demokraten eine amtliche Preiskontrolle im gewissen Rahmen für unerlässlich, in der Wohnungsfrage

wünschen sie die Aufrechterhaltung einer Mietskontrolle und einen gemeinnützigen Wohnungsbau. Nach diesem Vorhaben sollen Mittel für 15 bis 17,5 Millionen Häuser innerhalb von zehn Jahren aufgebracht werden. Auch eine Bundeshilfe für Schul- und Erziehungszwecke steht auf ihrem Programm. Es ist für Truman auch sehr vorteilhaft gewesen, dass er auf die Verwerfung seiner Vorlage gegen die Preisinflation im November 1947 durch den republikanisch kontrollierten Kongress weisen konnte.

Das wichtigste aber wird voraussichtlich die Wiederaufnahme des Kampfes gegen das Taft-Hartley-Gesetz sein, das im vorigen Sommer in Missachtung eines in letzter Minute vom Präsidenten Truman erlassenen Appells in Kraft trat. Dieses Gesetz schränkt die Rechte der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer sehr weitgehend ein und nimmt ihnen einen grossen Teil der Möglichkeiten und Freiheiten, die sie bisher besaßen. Eine typische Bestimmung, die den Geist dieses Gesetzes kennzeichnet, ist die, dass Streiks während einer Karenzzeit von 60 Tagen nach Ablauf des Tarifvertrages verboten sind. Diese Bestimmung soll ganz offensichtlich die Unternehmer dazu ermutigen, während dieser Frist so rücksichtslossterweise gegen die Gewerkschaften vorzugehen, da diese nicht in der Lage sein würden, durch einen Streik zu reagieren.

Es wäre nun sicher falsch, auf allen diesen Gebieten von der Begeisterung Trumans als Präsident und der Tatsache, dass in beiden Häusern des Kongresses demokratische Mehrheiten bestehen, Wunderwirkungen zu erwarten. Die amerikanische Wirtschaft als Ganzes steht natürlich unverändert unter kapitalistischen Vorzeichen, auch wenn sich die Akte etwas verschoben haben. Aber gegen jede Erwartung geschah das Gegenteil im Sinne der europäischen Kräfte, die in der Republikanischen Partei und ultrakonservativen politischen und ihren ultrakapitalistischen ökonomischen Grundsätzen Anfang und Ende aller Weisheit und das grosse Vorbild für sich selbst sehen. (m/1/511/1/he)

Aus der Arbeit der Partei

Am Dienstag, den 2. November, fand in Springe/Loister eine Sitzung des Organisationsausschusses des Parteivorstandes statt, an der die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes Erich Ollenhauser, Fritz Heine, Egon Franke und Herta Gotthelf und die in die Organisationsausschüsse gewählten Vertreter der Bezirke teilnahmen. Es ging im wesentlichen um die Klärung und Bestätigung der Arbeitsbereiche der Jungsozialisten und der "Falken" und hier insbesondere um die feste, formale altersmässigen Abgrenzung beider Organisationen. Es wurde Bericht über das Nachsehen beider Bewegungen erstattet. Die Parteileitung ahrenscheid wurde gebeten, sich noch stärker als bisher für die Arbeit unter den eigenen Sozialdemokraten einzusetzen. Ausserdem behandelte der Organisationsausschuss vorbereitend eine Reihe von Parteitagsbeschlüssen und Statutenveränderungen wünschenswert.

Am Mittwoch und Donnerstag trafen sich, ebenfalls in Springe, die Bezirkssekretäre der Partei. Am ein ausführliches Referat Ollenhausers über die politische Lage schloss sich eine lebhaft Diskussionsveranstaltung hin wurden auf dieser Tagung Einzelberichte über Fragen der Organisation, der Finanzen, der Presse und Propaganda, der Betriebsarbeit und der Wiedergutmachung erstattet. Solche Konferenzen der politischen Sekretäre der Partei werden künftig in gewissen regelmässigen Abständen stattfinden.

Französisches Zeilenhonorar für Pieck und Grotewohl

A.F. Paris, im November

Die offizielle Zeitschrift der kommunistischen Partei Frankreichs "Démocratie Nouvelle", hat in den letzten Oktobertagen eine Sondernummer zur deutschen Frage veröffentlicht, die neben Beiträgen von französischen Kommunisten auch solche von Pieck, Dahlem, Grotewohl und Luitpold Steidle, angeblich einem CDU-Mann und führendem Mitglied der Paulusgruppe, enthält. Die französischen Beiträge offenbaren den bekannten chauvinistischen Standpunkt der Kommunisten gegenüber Deutschland. Nebenbei erfährt man noch amüsante Details, dass die Bezahlung der von Frankreich seit Kriegsende aus Amerika bezogenen Kohle nichts anderes darstellt als eine französische Reparationsleistung an ... Deutschland! Ein kommunistischer Abgeordneter aus dem Elsass will die wirtschaftliche Nutzlosigkeit der Saar für Frankreich beweisen, eine kommunistische Journalistin will in Berlin Reuter den Revanchekrieg in Richtung Stettin und Breslau predigen gehört haben. Schliesslich erscheint der niedersächsische Ministerpräsident Kopf in der kommunistischen Zeitschrift wieder einmal als Kriegsverbrecher.

Auf diesem Niveau bewegen sich auch die deutschen Beiträge. Pieck und Dahlem begnügen sich damit, die Leistungen der Ostzone zu verherrlichen. Dahlem beschwert sich über die zahlreichen Saboteure, die täglich versuchen, den Aufbau der Sowjetzone zu erschüttern. Berlin sei heute ein kapitalistischer Stützpunkt im Kampf gegen die fortschrittliche Entwicklung Deutschlands. Der Stalingradkämpfer Steidle, der den französischen Lesern als Ritterkreuzträger und Sprössling einer alten Familie von Militärriechtern vorgestellt wird, hat die deutsche Einheit gegen die "deutsch-amerikanische Reaktion im Westen" zu verteidigen, unter anderem mit der Feststellung: "Die Wiederauferstehung des Militärapparates in Westdeutschland (!) hat keine andere Erklärung als den Rückfall in den Militarismus und in den Neo-Faschismus. Dort geschieht alles nach den Schlagworten des Nationalsozialismus, selbst wenn man die Form geändert hat, um die aussenstehenden Beobachter zu täuschen."

Grotewohl blieb der Angriff gegen die SPD vorbehalten. Er schreibt u.a.: "Die SPD hat es als ihre Hauptaufgabe angesehen, die Bildung einer grossen Arbeiterpartei zu verhindern. Sie ist keine sozialistische Partei mehr, sie hat sich eindeutig auf die Seite des amerikanischen Imperialismus gestellt, anstatt der Arbeiterklasse darzulegen, dass der Marshallplan besonders dazu bestimmt ist, aus Westdeutschland ein Arsenal und ein Sprungbrett für den Angriff gegen die Sowjetunion zu machen. Genau wie der Nazismus sieht die Sozialdemokratie in der UdSSR den Hauptfeind und würde nichtzögern, unser Volk auf den Weg zu führen, der über die Ereignisse von 1933 in der Katastrophe von Stalingrad geendet hat." Nach diesen Formulierungen zu schliessen, scheint Grotewohl ein grosses Bedürfnis zu haben, seine "Linientreue" zu beweisen.

Links-rheinische Kombinationen

N. Die politische Entwicklung in den Ländern der französischen Zone hatte ihre ganz besonderen Eigenheiten. Die Entstehung der drei Zwergstaaten in Westdeutschland ist nicht die Folge eines deutschen Plebiszits gewesen, sondern entsprach einem Bedürfnis der Besatzungsmacht. Das wichtigste unter diesen drei neugebildeten Ländern ist Rheinland-Pfalz. Nach dem wenig glücklichen Interregnum der beratenden Landesversammlung von 1946 kam es 1947 zur Wahl des Landtags, der - wie man sagte - allein verantwortlich für die Legislative sein sollte. In der mehr als einjährigen Praxis des Landtags hat sich herausgestellt, daß trotz gewisser Fortschritte auf dem Gebiet der Selbstverwaltung die Kompetenz dieser Körperschaft in allen wichtigen Entscheidungen durch Eingriffe der Militärregierung stark beschränkt war.

In der wichtigen Frage der Neubildung der Ländergrenzen im südwestdeutschen Raum operieren die Franzosen mit einigem Geschick zu Gunsten der Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Rheinland-Pfalz ist ein Konglomerat ehemaliger Teile des Rheinlandes, der Pfalz und Hessen-Nassau. Die SPD lehnte dieses Zwittergebilde nicht nur aus historischen, sondern vor allen Dingen aus wirtschaftlichen Erwägungen konsequent ab. Aber die Militärregierung und mit ihr die CDU wollten es anders. Die bisherige Entwicklung hat bewiesen, wie begründet die sozialdemokratischen Bedenken sind. Nach der Währungsreform stellte sich heraus, daß es auch bei genauester Kalkulation nicht möglich ist, den Haushalt des Zwergstaates auszugleichen. Die sozialdemokratische Partei, vor allen Dingen Finanzminister Dr. Hoffmann, haben dies des öfteren deutlich betont. Hierzu kommt noch, daß bei dem zurückgegangenen Steueraufkommen und der gesunkenen Steuermoral das Defizit immer größer werden wird. Durch die Auflösung des Landes und den Anschluß einzelner Landesteile an wirtschaftlich besser fundierte Länder wäre eine Finanzkatastrophe größeren Ausmaßes zu vermeiden. Leider wird diese letzte Möglichkeit von der CDU sabotiert. Die CDU beharrt auf dem status quo. Die alte Idee von der Schaffung eines linksrheinischen Klerikalstaates ist in den Händen der führenden CDU-Politiker so verwurzelt, daß sie ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl mit Hilfe der Franzosen vollendete Tatsachen schaffen wollen.

Der Besuch des französischen Außenministers Robert Schuman war ein schlagartiges Licht auf den Hintergrund des Planes, der von der CDU im Einvernehmen mit französischen Spekulationen auf ein katholisches Westdeutschland ausgearbeitet wurde. Der französische Staatsmann bekannte sich eindeutig zu der Beibehaltung von Rheinland-Pfalz bis, wie er sagte, im Rahmen eines westdeutschen Parlaments diese Frage noch einmal erörtert werden könne. SPD-Politiker waren zu den Besprechungen nicht geladen. Die Konsequenzen dieser Besprechung dürften sich in der nächsten Zukunft zeigen.

Es erscheint nach Lage der Dinge nicht ausgeschlossen, daß die SPD ihren Protest gegen das gemeinsame Spiel der CDU und der Besatzungsmacht

durch Schaffung klarer Distanzen zum Ausdruck bringen wird. Das bedeutet mit anderen Worten: Austritt aus der Regierung. Den Zeitpunkt für diese notwendige Klärung der Anschauungen wird die SPD selbst bestimmen. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass die SPD noch vor dem am 14. November stattfindenden Gemeindewahlen im Landtag in die Opposition gehen wird, um nicht unnötigerweise Verwirrungen zu schaffen, die dem Gedanken der Demokratie nicht dienlich sind.

Otto Strasser meldet sich wieder

Die Freunde Otto Strassers, des Organisators der "Schwarzen Front", die vor 1933 von sich reden machte, sind dabei, einen "Bund für Deutschlands Erneuerung" zu bilden.

Sie wittern bereits wieder Morgenluft, jene Kreise, die einstmal irgendwie mit Hitler gross wurden, dann aber aus Konkurrenzgründen sich von dem Braunauer trennten und nunmehr glauben, diejenigen, die nun einmal nicht alle werden, neu sammeln zu können. So werden in den letzten Wochen wieder einmal Flugblätter verteilt, in denen Otto Strasser seine Anhänger auffordert, den Mut nicht zu verlieren, auf ihn zu vertrauen und des Tages zu warten, da er kommen werde. Tatsächlich kündigt er auch schon an, dass er kommen werde, um die "Quislinge des Westens und des Ostens" zur Rechenschaft zu ziehen.

Otto Strasser ist der jüngere Bruder Gregor Strassers, der einstmal neben Hitler der zweitmächtigste Mann in der NSDAP war, bis er dann 1932 mit dem braunen Diktator in Konflikt geriet. Strasser vertrat damals den Standpunkt, man müsse die NSDAP an die Regierung bringen, koste es, was es wolle. Und er war bereit, mit General Schleicher Unterstützung und unter Annäherung an die christlichen Gewerkschaften eine Regierungsbildung zu betreiben, bei der Hitler zwar nur Vizekanzler werden sollte, aber immerhin die NSDAP auch schon an die Macht kommen wäre. Das aber erschien ihm angesichts der hohen Schuldenlast der NSDAP damals unvermeidlich, denn er, der Wortführer des "sozialen" Flügels innerhalb des braunen Hauses, wollte von einer Annäherung an die Schwerindustrie nichts wissen. Deshalb fiel er in Ungnade bei Adolf Hitler, der nicht nur die Kanzlerschaft allein für sich beanspruchte, sondern damals auch schon sein Bündnis mit der Schwerindustrie geschlossen hatte. Gregor Strasser wurde ausgebootet und dann anlässlich der Röhm-Revolte "mit liquidiert".

Auch der andere Bruder, Otto Strasser, war inzwischen zu einem Helfer Hitlers geworden. Aber er kam aus der braunen Ecke. Und er ist auch geblieben, was er war, bis zu dieser Stunde. Deshalb muss von ihm heute hier ausführlicher geredet werden. 1892 in Oberbayern geboren, meldete er sich beim Ausbruch des ersten Weltkrieges kriegsfreiwillig, wurde Leutnant und erwarb beide eisernen Kreuze. Nach Kriegsende kam er vorübergehend zur SPD, führte eine Hundertschaft der Regierungstruppen beim Kapputsch, war im Republikanischen Führerbund tätig, war kurze Zeit auch Sekretär von Ernst Heilmann, schied dann aber bald ab. 1925 holte Gregor seinen Bruder Otto zur NSDAP, beide gründeten im

5. November 1948

Berlin den "Kampfverlag". Otto Strassers Parole verfocht dabei einen verschwommenen Nationalbolschewismus. Darüber kam er 1930 mit Hitler in Streit, denn die allzu schroffe antikapitalistische Haltung der Blätter des "Kampfverlages" schädigte die schwerindustriellen Verbindungen des Parteigewaltigen. Er wurde ausgebootet und gründete mit anderen Abtrünnigen - dem aus dem Kustriner Putsch satzsaam bekannten Major Buchrucker und dem schon damals übel berüchtigten Hauptmann Steines im Juli 1930 die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" mit der Parole: "Die Sozialisten verlassen die NSDAP. Aber die neue Gruppe betonte auch damals sofort, dass sie die Schaffung eines völkischen grossdeutschen Reiches als ihr Ziel ansehe.

Otto Strasser spielte seitdem innerhalb der völkischen Rechtsorganisation insofern eine gewisse Rolle, als er nunmehr die sogenannte "Sozialistische Front" aufzog, da er in der Hitler-Bewegung nur eine "Kerenski-Periode" sah und in der NSDAP nur die Girondisten, denen das Regiment der Jakobiner dann zu folgen drohte. So arbeitete er auf eine "konservative deutsche Revolution" hin. Diese "Schwarze Front" war ein gross heimlicher Kampfbund, dessen Glieder erkenntlich sein sollten durch eine gemeinsame Haltung, Gesinnung und vor allem nationale Tatbereitschaft. Zu ihr gehörten damals die "Kampfgemeinschaft rev. Nationalsozialisten", der "Warwolf", der "Bund Oberland", die "Bündische Reichsenschaft", das "Kämpfende Landvolk", und jene Gruppen der "Bündischen Jugend", die sich um "Die Tat" und den von Ernst Niekisch herausgegebenen "Widerstand" scharrten. Sie wollten alle antiparlamentarisch, antikapitalistisch und antiklerikal sein. Soldatisch-bürgerlich in ihrer Form völkisch in ihrem Wesen existierte für sie der "liberalistisch-kapitalistische Eigentumsbegriff" nicht. Alles Eigentum sollte Obereigentum der Nation sein. Aussenpolitisch erstrebten sie die Revision des Versailler Vertrages durch einen neuen Krieg. Alles in allem das reichlich verworrenere Programm eines Fanatikers mit absolut nationalistischer Tendenz. Hitler beantwortete den Abfall Otto Strassers nicht nur mit dem Bannstrahl. Er suchte auch alles auszurotten, was ihm unliebsame Konkurrenz machte.

Vor Hitlers Zorn musste Otto Strasser 1933 zunächst nach Prag fliehen, wo er noch eifrig agitatorisch gegen das Dritte Reich tätig war. Später ging er nach Kanada, nachdem ihn Goebbels, der "klumpfüssige Fouché der deutschen Revolution", wie er ihn nannte, mundtot gemacht hatte. Und seitdem war es immer stiller um den unruhigen Mann geworden, der aus einem einstigen glühenden Anhänger Hitlers zu dessen Todfeind geworden war und der dabei doch im Grunde die gleichen Anschauungen vertritt und auch heute noch vertritt.

Denn wenn Otto Strasser jetzt wieder in Deutschland Flugblätter verteilen lässt, die übrigens ganz im alten Stil gehalten sind und aus Kanada kommen, dann sieht er darin seine Aufgabe, die früheren Nazis zu sammeln, denen er sagt: Eure Idee war zwar richtig, aber derjenige, den sie ausführte, war der falsche. Aber jetzt komme ich und werde als neuer Führer den Deutschen den Weg zur Freiheit weisen. Dabei will er sich heute noch nicht festlegen, ob er diesen Weg zur Freiheit nun nach dem Westen oder dem Osten zu gehen gedenkt. Er will erst aushandeln, was ihm mehr bietet.

Herbert Treichel

Frankreichs Kommunisten gegen ausländische Arbeiter

A.F. Paris, im November

Der Kongress der von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaft C.G.T. hat sich in einer Entschliessung gegen jede weitere Einwanderung ausländischer Arbeiter ausgesprochen, da die "Anwendung des Marshallplanes in Frankreich Arbeitslosigkeit verursacht habe". Die Zulassung "zählreicher ausländischer Arbeiter einschliesslich der mehr als zweifelhaften Elemente, die sich hinter der Etikette der Zwangsverschleppten verstecken", wurde kritisiert. Um aber jedem Verdacht zuvorzukommen, hat sich der Kongress gleichzeitig gegen Fremdenfeindschaft und Rassenwahl ausgesprochen.

Die Kritik bezieht sich nicht nur auf die antikommunistischen DP's, sondern wahrscheinlich auch auf die Anwerbung deutscher Arbeiter, weil die C.G.T. den Zuzug nichtkommunistischer Elemente verhindern will, die die Streikpolitik der Kominform stören könnten. Der Marshallplan hat selbstverständlich in Frankreich keine Arbeitslosigkeit ausgelöst, im Gegenteil leidet das Land in der Landwirtschaft, dem Bergbau und auch in der Stahlindustrie unter Arbeitermangel. Ausserdem werden dringend fähige Fachkräfte benötigt. Trotzdem beschränken sich z.B. die Anverbunden in Deutschland meistens auf Landarbeiter und Bergleute.

Die Einstellung der C.G.T. ist zwar ohne Einfluss auf die Einwanderungspolitik der französischen Regierung. Man muss sich aber fragen, ob es für Deutsche ratsam ist, bei dem augenblicklich herrschenden Klima Stellungen in der französischen Industrie anzunehmen. In den Betrieben haben sie es schliesslich mit den Anhängern der C.G.T. zu tun und nicht mit den Behörden. Die etwaige Feindseligkeit der Arbeitskollegen ist, besonders im Ausland, eine sehr unangenehme Belastung.

Tschechische Analyse der tschechischen Neu-Emigration

sp. Einer der geflüchteten tschechischen Politiker, der seine Leute kennt, unterzog sich der Mühe, die Zusammensetzung der tschechischen Neu-Emigration zu prüfen. Er kam zu folgendem Resultat:

Rund zehn Prozent der Neu-Emigrierten dürfen sich zu recht als "politisch Persekuierte" bezeichnen und ihre niemals aufgegebenen politische Einstellung als die Begründung des Zwanges zur Flucht aus der Tschechoslowakei anführen; etwa 30 Prozent rekrutieren sich aus den Kreisen jener Tschechen, die unter dem Gottwald-Regime zufolge ihrer offen zur Schau getragenen antikommunistischen Einstellung ihr Vermögen und ihre Stellungen verloren haben; die restlichen 60 Prozent fallen ausserhalb jeder politischen Linie. Es sind hauptsächlich junge Abenteurer, die geglaubt haben, dass die Amerikaner jeden Wildling, der zu ihnen kommt, mit einer Ausrüstung, einer Uniform und guter Besoldung willkommen heissen würden, ferner ehemalige Kollaboranten aus der Nazi-Zeit, ferner einstige sogenannte "kommissarische Leiter", die im Sudetenland früheres deutsches Eigentum zu verwalten und durch Betrug sich übermässig bereichert hatten, eine zusätzliche Gruppe von Menschen, die vor keinem Verbrechen zurückscheuen würden; endlich aber auch nicht wenige Spitzel, die einen regen Fendelverkehr zwischen der amerikanischen Zone Deutschs. und der Tschechoslowakei "verdienstvoll" aufrechterhalten.

Verantwortlich: Peter Raurau